



NeFo-Interview

"Wir sollten in Bildung, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft und Wasserinfrastruktur zur Entwicklung der Herkunftsregionen investieren"

PD Dr. Diana Hummel, Institut für sozial-ökologische Forschung
ISOE in Frankfurt



Foto: Senckenberg

Diana Hummel ist Politikwissenschaftlerin und Mitglied der Institutsleitung des Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE in Frankfurt am Main. Sie leitete dort das Projekt [MICLE](#) – Klimawandel, Umweltveränderungen und Migration im Sahel, das bis 2014 untersuchte, ob klimabedingte Umweltveränderungen Migrationsbewegungen in Senegal und Mali auslösen, wofür sozial- und naturwissenschaftliche Daten verknüpft wurden. Wir haben sie gefragt, ob wir aufgrund



von wachsenden Umweltveränderungen in Westafrika mit einem verstärkten Flüchtlingsdrang nach Europa rechnen müssen und wie Europa entwicklungspolitisch effektiv entgegensteuern könnte.

NeFo: Frau Hummel, Ihre Untersuchungen haben ergeben, dass die meisten Menschen, die in Westafrika ihren Lebensort wechseln, um sich ein besseres Leben aufzubauen, auf dem Kontinent bleiben. Der Ortswechsel sei gar eine traditionelle Strategie zum Überleben in Krisenzeiten wie schweren Dürren aber auch Kriegen. Nur ein kleiner Teil versucht, das reiche Europa zu erreichen. Wie groß ist dieser Anteil und wie vielen Menschen entspricht dies total?

Hummel: In der aktuellen Berichterstattung über Flüchtlinge wird vielfach suggeriert, dass Europa einem Massenansturm von Menschen aus Afrika südlich der Sahara ausgesetzt ist. Die meisten Menschen migrieren aber innerhalb der Region, und relativ betrachtet ist der Anteil an Migranten, die aus Westafrika nach Europa kommen, äußerst gering. Die Bevölkerung in Westafrika zählt zu den mobilsten in Afrika südlich der Sahara. Grenzüberschreitende Migration findet aber überwiegend regional statt. Rund 70 Prozent der Migranten und Migrantinnen bleiben innerhalb Westafrikas, nur 15 Prozent immigrieren nach Europa.

In unserer sozial-empirischen Untersuchung befragten wir in Mali und Senegal insgesamt rund 900 Menschen. Die Ergebnisse bestätigen die starke kulturelle Verankerung der Migration in der Region: Die Mehrzahl der von uns Befragten, d.h. 87 Prozent, ist mindestens einmal im Leben migriert, und hat eine positive Einstellung zur Migration. Zum anderen unterstreichen unsere Untersuchung die Bedeutung der Binnenmigration: 87 Prozent der Migration findet innerhalb des Landes statt. Die wichtigsten Zielorte sind urbane Zentren und insbesondere die Hauptstädte der beiden Länder.

Große Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgebieten beider Länder ergaben sich hinsichtlich der internationalen Migrationsziele. In Senegal gibt es einen sehr kleinen Anteil der Befragten von 4 Prozent, die internationale Ziele angaben, vor allem die europäischen Länder Frankreich, Italien und Spanien. In Mali hingegen ist die Elfenbeinküste für ein Viertel der Befragten ein wichtiges Ziel.

Wohin migrieren die Menschen innerhalb des Kontinentes und wie geht es dort weiter?

Hummel: Überwiegend sind es zirkuläre und temporäre Formen der Migration. Oft können Zwischenstationen auf dem Weg zu einem Zielgebiet zu Aufenthaltsorten mit längerer Dauer werden. Saisonale Migration zur Existenzsicherung ist eine kulturell etablierte Migrationsform, d.h. Menschen migrieren während der Trockenperiode, wenn in der Landwirtschaft weniger zu tun ist. Zur Regen- und Erntezeit erfolgt dann eine Rückkehr. Es lässt sich aber beobachten, dass sich diese tradierten Migrationsmuster mehr und mehr verändern.



Betrachtet man die Migrationsziele, so zeigt sich, dass die Migrationsdynamik eng mit den politischen und ökonomischen Veränderungen der Region verflochten ist. Auch die historischen Bedingungen spielen eine große Rolle. Schon vor der Kolonialzeit gab es saisonale Wanderungsbewegungen, wie zum Beispiel Handel treibende Wanderer entlang der transsaharischen Handelsrouten. Im 20. Jahrhundert prägten koloniale Transformationen in Westafrika, vor allem der große Bedarf nach Arbeitskräften z.B. in den Erdnuss- und Kakaopflanzungen oder in den Goldminen, die Migrationsdynamik.

Das dominante Migrationsmuster war und ist nach wie vor eine Nord-Süd-Wanderung: Menschen aus Binnenstaaten wie Niger, Mali und Burkina Faso migrierten in wirtschaftlich attraktivere Gegenden im Süden und in Küstenländer wie Senegal, Ghana und Nigeria. Durch die wirtschaftlichen und politischen Krisen ab Ende der 1960er Jahre wurden sie allerdings weniger attraktiv für Einwanderer. Senegal beispielsweise ist heute eher ein Auswanderungsland. In Mali erfolgt die Hälfte aller internationalen Wanderungen in die Nachbarländer, vor allem in die Elfenbeinküste und hier in das wirtschaftliche Zentrum Abidjan. In Folge der ökonomischen und politischen Krisen in Ländern wie Sierra Leone, Liberia und der Elfenbeinküste in den 1990er und 2000er Jahren sind Länder wie Südafrika, Botswana oder Länder des Maghreb zu Migrationszielen für Westafrikaner geworden.

Wie groß ist der Umwelt- und Klimafaktor? Lässt sich die Zahl der Umweltflüchtlinge aufgrund von Landdegradierung, Ressourcenkonkurrenz, Landraub beziffern?

Hummel: Die Bezeichnung „Umweltflüchtlinge“ ist ebenso wie „Klimaflüchtlinge“ sehr problematisch, weil sie direkte Kausalzusammenhänge unterstellen, die so kaum gegeben sind. Nach der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention handelt es sich hier nicht um Flüchtlinge. Auch hinsichtlich der Motive und unterschiedlichen Arten der Migration sind diese Begriffe problematisch, weil beispielsweise die saisonale Migration aus einem von Landdegradation betroffenen Gebiet nicht zwingend als Flucht betrachtet werden kann.

Schätzungen dieser Art sind überaus umstritten. Umweltveränderungen spielen dann eine Rolle, wenn sie bereits existierende Verwundbarkeiten verstärken. Den Umwelt- und Klimafaktor zu quantifizieren ist nicht möglich, doch lassen sich Aussagen darüber machen, unter welchen Bedingungen Klima und natürliche Umwelt eine größere Rolle für Migrationsentscheidungen spielen. Wir konnten feststellen, dass klimatische und ökologische Faktoren an Bedeutung zunehmen, je stärker der Lebensunterhalt der Menschen von der Landwirtschaft abhängt, je geringer die Möglichkeiten sind, alternative Einkommensquellen zu erschließen und je geringer der Zugang zu sozialem Kapital wie z.B. unterstützende Verwandtschaftsbeziehungen und zu finanziellen Kapital wie z.B. Ersparnissen oder Krediten ist.

In den von uns untersuchten ländlichen Untersuchungsregionen Bandiagara in Mali und Linguère in Senegal ist die Landwirtschaft die wichtigste ökonomische Aktivität, der Lebensunterhalt und die



Versorgung hängen stark von den jährlichen Ernteerträgen ab. Die Zunahme der Niederschlagsvariabilität kann die Einkommensbasis ländlicher Haushalte direkt gefährden, wenn sie die landwirtschaftlichen Erträge beeinträchtigen. Daher nimmt die Migration für die Lebenshaltung der Menschen einen zunehmend größeren Stellenwert ein. Migration ist aber mehr als nur eine Anpassungsstrategie. Für die Mehrzahl der von uns Befragten ist sie nicht der letzte Ausweg, sondern Teil des alltäglichen Lebens und der Kultur.

Gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse über die Zusammenhänge von Armut, Umweltproblemen und kriegerischen Konflikten?

Hummel: Eine wesentliche Erkenntnis innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung ist, dass Umweltzerstörung in den seltensten Fällen eine unmittelbare Ursache von Gewaltanwendungen ist. Monokausale Erklärungsansätze sind hier nicht zielführend, da die Konfliktverläufe sehr vielschichtig sind. Umweltveränderungen wie Dürren oder Überflutungen spielen in bewaffneten Konflikten vielfach eine indirekte Rolle, sind aber nicht per se die Ursachen von gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ausschlaggebend sind die jeweiligen historischen, sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen sowie insbesondere fehlende oder ineffiziente Regierungsstrukturen.

Die Wahrscheinlichkeit von gewaltsam ausgetragenen Konflikten wächst, wenn große Teile der Bevölkerung benachteiligt sind, der Ressourcenzugang ungleich verteilt ist und wenn es an gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen mangelt, beispielsweise durch unklare Rechts- und Eigentumsordnungen. Der Einfluss von Klimawandel und Umweltveränderungen auf die politische und soziale Stabilität ist also stark kontextabhängig. Es ist zudem in der Forschung umstritten, inwieweit die sogenannte „klimabedingte Migration“ bestehende Konflikte und Instabilität verstärkt. Die überzogene Darstellung von Abwanderungsbestrebungen als Sicherheitsbedrohung geht jedenfalls an der Realität vorbei.

Wie kommt die Entscheidung für ein Migrationsziel zustande?

Hummel: Grundsätzlich ist zu betonen, dass Migration nicht nur einem einzigen Zweck und Motiv folgt, wie z.B. der Versorgung und Ernährungssicherung der Familie. Die Gründe sind äußerst vielfältig. Migration ist sozial differenziert, unterscheidet sich etwa nach Geschlecht, Alter, und Bildungsgrad. Die Beweggründe verändern sich zudem im Laufe der Zeit und innerhalb einer individuellen Biographie. Soziale Kontakte und Netzwerke, in die Migranten eingebunden sind, haben großen Einfluss auf die Wanderungsprozesse. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Migrationsentscheidung und auch bei der Wahl des Zielorts.

In unserer Untersuchung zeigte sich, dass für die meisten Befragten Verwandtschaftsbeziehungen eine große Bedeutung für die Wahl des Zielorts haben. Vor Ort sind bereits Familienmitglieder oder FreundInnen, die den Ort bereits kennen und Informationen geben und bei der Suche nach einem



Arbeitsplatz und Unterkunft helfen können, und die auch emotional Unterstützung leisten. Diese sozialen Netzwerke verringern so die Kosten und Risiken der Migration und verstärken die Motivation dazu.

Welche sind die vorherrschenden Umweltprobleme, die in Westafrika ein Motiv für die Migration sein können?

Hummel: Allgemein ist die Zunahme von Extremereignissen wie lange Dürreperioden aber auch Überschwemmungen in Folge des Klimawandels für Land- und Viehwirtschaft ein Problem. In unseren Untersuchungsregionen, d.h. ländlichen Bereichen in der Region des westafrikanischen Sahels, sind teilräumige Degradationserscheinungen zentrale Umweltprobleme. Insbesondere für die Viehhaltung ist eine abnehmende Vegetation ein Problem, da so direkt weniger Futter zur Verfügung und der ungeschützte, da unbedeckte, Boden anfällig für Erosion ist und somit in den Folgejahren tendenziell noch weniger Weidegrün produziert.

Eine abnehmende Bodenfruchtbarkeit stellt auch für die Landwirtschaft ein Problem dar. Seit den 1960er Jahren ist ein erheblicher Verlust der natürlichen Wald- und Buschlandschaft zu beobachten. Zu den Ursachen zählen klimatische Veränderungen, aber auch anthropogene Faktoren. Nach einer sehr langen trockenen Periode mit ausgeprägten Dürren in den 1970er und 1980er Jahren stiegen die jährlichen Niederschläge wieder an, aber deren Variabilität nimmt seither zu. Die Entwicklung in der Vergangenheit variiert räumlich, so dass sowohl Trends der Degradation als auch des (Wieder-)Ergrüens - das sogenannte „Greening of the Sahel“ - zu beobachten sind.

Insgesamt ist eine deutliche Abnahme der Vielfalt von Baum- und Straucharten zugunsten weniger robuster und dürreresistenter Arten zu beobachten, so dass die Gefahr besteht, dass bei sich verändernden Standortverhältnissen die Anpassungsfähigkeit der Vegetation stark gemindert ist. Die Bewirtschaftungsformen und das Management, beispielsweise das Einhalten von Brachzeiten, Schutzmaßnahmen und Wiederaufforstungen, spielen hier eine wichtige Rolle.

Die SDGs sind ja sehr globale Ziele, die aber durchaus an die globale Verantwortung aller Staaten appellieren. Was kann denn die Politik in entwickelten Staaten wie Deutschland tun, um die Lebensbedingungen für die Menschen in Westafrika nachhaltig zu verbessern und die Zahl der Umwelt- und Klima bedingten Flüchtlinge zu reduzieren? Wie sähe Ihrer Meinung nach eine effektive deutsche Entwicklungspolitik aus?

Hummel: Der Zusammenhang von Klimawandel, Umweltveränderungen und Migration betrifft eine große Anzahl von Politikfeldern: Klima- und Umweltpolitik, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Migrationspolitik. Handlungsansätze können daher nicht allein auf die Entwicklungspolitik reduziert werden. Gefragt sind kohärente und integrierte, einzelne Sektoren übergreifende Politiken, die das Zusammenspiel von Umwelt, Entwicklung und Migration auf lokaler, regionaler und internationaler Ebenen berücksichtigen.



Generell lässt sich Migration nicht leicht steuern und politische Versuche, Migration zu verhindern, sind kein angemessenes Ziel. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie Migrantenorganisationen und Solidaritätsnetzwerke in europäischen Ländern durch finanzielle Zuwendungen und Investitionen z.B. in Bildung, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft und Wasserinfrastruktur zur Entwicklung in den Herkunftsregionen und damit auch zur Anpassung an den Klimawandel beitragen.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird dieses Konzept des so genannten Co-Development bereits unterstützt. Der Erfolg dieser Communities ist aber stark abhängig von den rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Wie sähe die Umsetzung einer solchen nachhaltigen Entwicklungspolitik vor Ort aus?

Hummel: Unsere Untersuchungen konnten sehr klar aufzeigen, dass die Migrationsmotive abhängig vom Bildungsniveau sind. Mit einem höheren Bildungsniveau steigt die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung und Einkommensmöglichkeiten außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors zu erlangen. Das macht die Menschen weniger anfällig nicht nur gegenüber Umweltdegradation, sondern auch anderen sozialen und ökonomischen Stressoren. Die Unterstützung der Bildung und Ausbildung junger Menschen ist daher ein ganz zentraler Faktor, insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung und des großen Anteils junger Menschen in den Ländern Westafrikas.

Solche Maßnahmen müssen verknüpft werden mit einer Stärkung der regionalen Entwicklung. Entwicklungsstrategien sollten hier insbesondere die engen Verflechtungen zwischen ländlicher und urbaner Entwicklung berücksichtigen. Eine verbesserte Infrastruktur, z.B. bei den Straßen, der Wasserversorgung und im Bereich der Kommunikation ist wichtig, genauso wie Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft, aber auch sichere Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten in außerlandwirtschaftlichen Sektoren.

Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach die Wissenschaft bei der Etablierung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und welches Wissen ist hier gefragt?

Hummel: Noch immer ist das Wissen über die Ursachen und Wirkungen der komplexen Zusammenhänge von Klimawandel, Umweltveränderungen und Migration sehr lückenhaft. Es dominiert noch stark ein Nebeneinander von sozialwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Forschung, während die sozial-ökologische Forschung noch am Anfang steht. Das Zusammenspiel von Klima, Umwelt und Migration berührt aber zentrale gesellschaftliche und politische Probleme und ist daher nicht nur ein wissenschaftliches Problem. Dafür sind transdisziplinäre Forschungsansätze erforderlich, die die gesellschaftlichen Problemwahrnehmungen und die wissenschaftlichen Problembeschreibungen miteinander verknüpfen und kritisch reflektieren. Dazu zählt, das lebensweltliche Wissen außerwissenschaftlicher Akteure bspw. von MigrantInnen oder Entwicklungsorganisationen mit einzubeziehen. Auf diese Weise kann ein Rahmen geschaffen



werden, in dem Wissensbedarfe und Gestaltungsfragen thematisiert und gemeinsam Handlungsansätze entwickelt werden. Dazu braucht es aber die entsprechenden Forschungsförderbedingungen.

Wie ist Ihre Prognose für die Zukunft? Wie wird sich die Zahl der Flüchtlinge aus Westafrika entwickeln?

Hummel: Bei der derzeitigen ökonomischen Entwicklung und dem zunehmendem Druck durch den Klimawandel ist meines Erachtens zunächst eine weitere Erhöhung der Binnenmigration, d.h. im jeweiligen Land und in der Region Westafrika zu erwarten, da den meisten Menschen eher wenig finanzielle Mittel für Fernmigration (z.B. nach Europa) zur Verfügung stehen.

Die heute zu beobachtende Phänomene und Migrationsgründe können sich auch ändern und andere Ursachen verstärken den Trend (z.B. Konflikte, extreme Umweltveränderungen, wirtschaftliche oder politische Krisen). So ist zu befürchten, dass die Sahel-Staaten durch Terrorgruppen wie Boko Haram destabilisiert werden und es dadurch zu einem Anstieg der Fluchtbewegungen kommt. Allerdings ist die Situation sehr unübersichtlich und schwer einzuordnen. Solche Entwicklungen werden den Migrationsdruck nach Europa aller Voraussicht nach verstärken, ungeachtet der restriktiven Migrationspolitik der europäischen Länder.

Viele MigrationsforscherInnen weisen zudem darauf hin, dass auch ökonomische Fortschritte in Ländern der Sub-Sahara Region eher zu einem Anstieg statt zu einem Rückgang der Migration führen, weil höhere Einkommen und verbesserte Bildung, ebenso wie ein besserer Zugang zu Medien und Information mehr Menschen eine Mobilität die Migration ermöglicht und die mit Migration verbundenen Hoffnungen verstärkt.

Das Interview führte Sebastian Tilch

IMPRESSUM

Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist ein Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das Projekt wird maßgeblich durchgeführt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig und dem Museum für Naturkunde Berlin (MfN). Weitere Informationen und Hinweise zum NeFo-Projekt und Team unter www.biodiversity.de.